



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Andre Hüsgen
Anschrift Wittensteinstraße 235a
42283 Wuppertal
Telefon (0202) 0202-60933100
Fax (0202)
E-Mail andrehuesgen@gmx.de
Datum 24.04.2017

Drucks. Nr. VO/0332/17
öffentlich

Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke

Große Anfrage

Zur Sitzung am
15.05.2017

Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Hohe Zahl an vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern in Wuppertal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion PRO Deutschland / Die Republikaner bittet Sie darum, folgende Anfrage in die Tagesordnung der Ratssitzung am 15. Mai 2017 aufzunehmen und schriftlich zu beantworten.

Inhalt

1. Wie viele vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer leben derzeit in Wuppertal? Wie waren die Zahlen in den Jahren 2015 und 2016 im Durchschnitt?
2. Wie wirkt sich die Zahl der vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer auf den Haushalt aus? Wie hoch ist die monatliche finanzielle Belastung, die durch die hohe Zahl an „Geduldeten“ entsteht?
3. Wie lange werden die vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer im Schnitt geduldet?
4. Aus welchen Ländern kommen sie? Handelt es sich in Gänze um sichere Herkunftsländer, bei denen das Passersatzpapierverfahren und die Rückführungen gut funktionieren?
5. Was sind die Gründe, dass so diese Personen in Wuppertal geduldet werden (Personalmangel in der Stadtverwaltung, Praxis der ärztlichen Feststellung der Reisefähigkeit, fehlende oder unvollständige Papiere etc.)?
6. Bisher hat die Stadtspitze freiwillige Ausreisen favorisiert: Ist die Stadtspitze willens und bereit, angesichts der hohen Zahl an vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern auch verstärkt auf konsequente Abschiebung zu setzen, auch wenn keine Freiwilligkeit vorliegt oder Anreize zur freiwilligen Ausreise nicht angenommen werden?

7. Wie viele Personen in der Stadtverwaltung sind derzeit mit dieser Personengruppe befasst? Reicht das vorhandene Personal aus, um diesen den Haushalt der Stadt Wuppertal wahrscheinlich stark belastenden Zustand merklich und nachhaltig zeitnah abzubauen?

Begründung:

Vollziehbar ausreisepflichtige Personen haben kein Bleiberecht. Ihr Aufenthalt wird bloß geduldet. Die gesellschaftliche Akzeptanz des Asylrechts in unserer Stadt wird durch eine hohe Zahl an zu alimentierenden ausreisepflichtigen Personen aufs Spiel gesetzt. Außerdem belastet eine hohe Zahl an ausreisepflichtigen Ausländern aus sicheren Herkunftsländern den städtischen Haushalt, da das Land nur drei Monate nach Abschluss der jeweiligen Verfahren finanziell für diese Menschen aufkommt und die entsprechenden Kosten der Kommune erstattet. Wenn diese Personen länger als drei Monate ohne Bleiberecht bei uns leben, dann muss Wuppertal ganz allein für die entstehenden Kosten aufkommen. Die Fraktion PRO Deutschland / Die Republikaner hält diesen Zustand für nicht länger hinnehmbar.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Bötte, Fraktionsvorsitzende